

1974	Ausgegeben zu Bonn am 2. August 1974	Nr. 45
------	--------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
30. 7. 74	Gesetz zu dem Vertrag vom 7. Juni 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden .....	1069
30. 7. 74	Gesetz zu dem Abkommen vom 13. September 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation .....	1074
15. 7. 74	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Pariser Fassung der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst .....	1079

**Gesetz  
zu dem Vertrag vom 7. Juni 1969  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik  
über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden**

Vom 30. Juli 1974

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Dem in Rom am 7. Juni 1969 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

(1) Die Bundesregierung und die Landesregierungen bestimmen in ihrem jeweiligen Geschäftsbereich die Behörden, die für die Beglaubigung nach Artikel 2 des Vertrages zuständig sind (Artikel 5 Abs. 1 Nr. 1 des Vertrages). Als zuständige Behörde kann auch der Präsident eines Gerichts bestimmt werden.

(2) Rechtsverordnungen der Bundesregierung nach Absatz 1 bedürfen nicht der Zustimmung des Bundesrates.

**Artikel 3**

Die Beglaubigung nach Artikel 2 des Vertrages wird mit den entsprechenden Ergänzungen in der folgenden Form auf der Urkunde selbst oder auf einem mit der Urkunde zu verbindenden Blatt erteilt:

**Beglaubigung**

(Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Italienischen Republik vom 7. Juni 1969  
über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden)

Diese öffentliche Urkunde ist unterschrieben

von

in seiner/ihrer Eigenschaft als

und versehen mit dem Siegel oder Stempel des/der

Bestätigt in

am

durch

Siegel  
Stempel

Unterschrift

**Artikel 4**

(1) Die Auskunft nach Artikel 4 Abs. 1 des Vertrages erteilt das Bundesverwaltungsamt nach Maßgabe des Absatzes 2.

(2) Das Bundesverwaltungsamt nimmt Auskunftsersuchen aus der Republik Italien entgegen, führt eine Äußerung der Person, Stelle oder Behörde herbei, welche die Urkunde errichtet haben soll, und übermittelt diese Äußerung der ersuchenden Stelle. Die Person, Stelle oder Behörde ist verpflichtet, eine Äußerung abzugeben.

#### Artikel 5

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses

Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

#### Artikel 6

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 8 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 30. Juli 1974

Der Bundespräsident  
Scheel

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Genscher

Der Bundesminister der Justiz  
Dr. Vogel

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Genscher

**Vertrag**  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik  
über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden

**Convenzione**  
tra la Repubblica Federale di Germania e la Repubblica Italiana  
in materia di esenzione dalla legalizzazione di atti

DER PRÄSIDENT  
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DER PRÄSIDENT  
DER ITALIENISCHEN REPUBLIK

MIT RÜCKSICHT auf die engen wechselseitigen Beziehungen,

IN DEM WUNSCH, den Gebrauch der in dem einen Staat errichteten Urkunden in dem anderen Staat zu erleichtern,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, zu diesem Zweck einen Vertrag zu schließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

DER PRÄSIDENT  
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

die Herren

Rolf LAHR, Botschafter in Rom, und  
Dr. Erwin SAAGE, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Justiz,

DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK

Herrn Professor Dr. Adolfo MARESCA,

Außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister, Leiter der Völkerrechtsabteilung im Außenministerium.

Die Bevollmächtigten haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart:

Artikel 1

(1) Öffentliche Urkunden, die in einem Vertragsstaat errichtet und mit amtlichem Siegel oder Stempel versehen sind, bedürfen zum Gebrauch in dem anderen Vertragsstaat keiner Legalisation, Beglaubigung oder anderen Förmlichkeit, die der Legalisation oder Beglaubigung entspricht.

(2) Als öffentliche Urkunden im Sinne des Absatzes 1 sind nur anzusehen:

1. Urkunden eines Gerichtes einschließlich solcher Urkunden, die von einem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder von einem Rechtspfleger errichtet worden sind;
2. Urkunden einer Verwaltungsbehörde;
3. Urkunden, die von einer nach innerstaatlichem Recht zur Errichtung öffentlicher Urkunden befugten juristischen Person des öffentlichen Rechts errichtet worden sind;
4. Urkunden eines Notars;
5. Urkunden eines Gerichtsvollziehers;

IL PRESIDENTE  
DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA

e

IL PRESIDENTE  
DELLA REPUBBLICA ITALIANA

CONSIDERATE le strette reciproche relazioni tra i due Stati;

DESIDEROSI di facilitare l'uso degli atti rilasciati nei rispettivi Stati;

HANNO DECISO di concludere una Convenzione a tal fine ed hanno nominato loro Plenipotenziari:

IL PRESIDENTE  
DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA

i Signori

Rolf LAHR, Ambasciatore in Roma, e  
Dr. Erwin SAAGE, Direttore Ministeriale al Ministero Federale di Giustizia,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA ITALIANA

il Signor Prof. Dr. Adolfo MARESCA,

Inviato Straordinario e Ministro Plenipotenziario, Capo del Contenzioso Diplomatico del Ministero degli Affari Esteri.

I Plenipotenziari, dopo essersi comunicati i rispettivi Pieni Poteri, trovati in buona e debita forma, hanno convenuto le disposizioni seguenti:

Articolo 1

(1) Gli atti e documenti pubblici rilasciati in uno degli Stati contraenti e muniti del sigillo o timbro ufficiale possono essere usati nell'altro Stato contraente senza necessità di alcuna legalizzazione diplomatica, consolare od interna o di altra formalità equivalente.

(2) Atti e documenti pubblici, ai sensi del primo comma, sono considerati soltanto:

1. Gli atti e documenti di un'autorità giudiziaria, compresi quelli rilasciati da un cancelliere ed anche da un Rechtspfleger;
2. Gli atti e documenti di un'autorità amministrativa;
3. Gli atti e documenti rilasciati da enti pubblici, se tali atti, secondo l'ordinamento giuridico nazionale, sono considerati pubblici;
4. Gli atti e documenti notarili;
5. Gli atti di un ufficiale giudiziario;

6. Scheck- oder Wechselproteste, auch wenn sie von einem deutschen Postbeamten oder von einem italienischen Gemeindebeamten oder von einer anderen Person, die nach innerstaatlichem Recht für die Aufnahme von Protesten zuständig ist, aufgenommen worden sind.

(3) Die Vorschriften des Absatzes 1 gelten auch für Urkunden, die von einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung eines Vertragsstaates errichtet worden sind, ohne Rücksicht darauf, ob die diplomatische oder konsularische Vertretung ihren Sitz in dem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat hat.

(4) Zu den in Absatz 2 aufgeführten Gerichten und Verwaltungsbehörden gehören auch die Staatsanwaltschaften der beiden Vertragsstaaten sowie die deutschen Vertreter des öffentlichen Interesses.

#### Artikel 2

Andere als die in Artikel 1 Abs. 2 genannten Urkunden, die nach dem Recht eines Vertragsstaates als öffentliche Urkunden anzusehen sind, bedürfen zum Gebrauch in dem anderen Vertragsstaat keiner Legalisation, wenn sie von der nach Artikel 5 bestimmten zuständigen Behörde des Vertragsstaates, in dem die Urkunde errichtet worden ist, beglaubigt sind.

#### Artikel 3

Der Beglaubigungsvermerk, der einer privaten Urkunde von einem Gericht, einem Notar oder einer Verwaltungsbehörde des einen Vertragsstaates beigefügt ist, bedarf, wenn von der Urkunde in dem anderen Vertragsstaat Gebrauch gemacht werden soll, keiner Legalisation, Beglaubigung oder anderen Förmlichkeit, die der Legalisation oder Beglaubigung entspricht.

#### Artikel 4

(1) Wird von einer öffentlichen Urkunde, die in einem Vertragsstaat oder von einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung eines Vertragsstaates errichtet worden ist und für welche die Erleichterungen der Artikel 1 und 2 gelten, vor einem Gericht oder einer Verwaltungsbehörde des anderen Vertragsstaates Gebrauch gemacht, so kann das Gericht oder die Verwaltungsbehörde die nach Artikel 5 bestimmte zuständige Behörde des Vertragsstaates, in dem die Urkunde errichtet worden ist, unmittelbar um eine Auskunft über die Echtheit der Urkunde ersuchen, wenn ernstliche, begründete Zweifel an der Echtheit dieser Urkunde bestehen; das gleiche gilt für den in Artikel 3 erwähnten Beglaubigungsvermerk.

(2) Das Ersuchen um Auskunft und seine Anlagen müssen in der Sprache der ersuchten Behörde abgefaßt oder von einer Übersetzung in die Sprache der ersuchten Behörde begleitet sein. Die ersuchte Behörde leitet die Auskunft dem ersuchenden Gericht oder der ersuchenden Verwaltungsbehörde unmittelbar zu. Für die Auskunft werden Gebühren oder Auslagen nicht erhoben.

#### Artikel 5

(1) Jeder Vertragsstaat bestimmt:

1. die Behörden, die für die Beglaubigung nach Artikel 2 zuständig sind,
2. die Behörden, die zuständig sind, die Auskunft nach Artikel 4 Abs. 1 zu erteilen.

(2) Die Vertragsstaaten notifizieren sich einander diese Bestimmung bei dem Austausch der Ratifikationsurkunden und unterrichten sich gegebenenfalls über Änderungen, die in der Bestimmung eintreten.

6. Gli atti di protesto di cambiali o di assegni anche se formati da un ufficiale postale tedesco o da un segretario comunale italiano, o da altra persona competente secondo l'ordinamento giuridico nazionale.

(3) Le disposizioni del comma 1° si applicano anche agli atti o documenti rilasciati dalle Rappresentanze diplomatiche e dagli Uffici consolari di uno degli Stati contraenti, indipendentemente dal fatto che la Rappresentanza diplomatica o l'Ufficio consolare abbia la sua sede nell'altro Stato contraente o in un terzo Stato.

(4) Tra le autorità giudiziarie ed amministrative enumerate nel 2° comma è compreso il Pubblico Ministero di entrambi gli Stati contraenti ed il Rappresentante tedesco dell'interesse pubblico (Vertreter des öffentlichen Interesses).

#### Articolo 2

Gli atti e documenti, diversi da quelli previsti nell'articolo 1, 2° comma, che siano da considerare come pubblici secondo l'ordinamento giuridico nazionale, possono essere usati nell'altro Stato contraente senza legalizzazione diplomatica o consolare, se legalizzati dalla competente autorità, designata ai sensi dell'articolo 5, dello Stato contraente dal quale l'atto o documento proviene.

#### Articolo 3

L'autenticazione apposta su una scrittura privata da un'autorità giudiziaria od amministrativa o da un notaio di uno degli Stati contraenti, non ha bisogno di alcuna legalizzazione diplomatica, consolare od interna, o di altre formalità equivalenti nel caso in cui l'atto debba essere usato nell'altro Stato contraente.

#### Articolo 4

(1) Se un atto od un documento pubblico, che sia rilasciato in uno degli Stati contraenti, o da una loro Rappresentanza diplomatica od Ufficio consolare, ed al quale si applichino le esenzioni previste negli articoli 1 e 2, viene esibito ad un'autorità giudiziaria od amministrativa dell'altro Stato contraente, l'autorità giudiziaria od amministrativa, in caso di gravi e fondati dubbi circa l'autenticità dell'atto o documento, può richiedere informazioni direttamente all'autorità competente, designata ai sensi dell'articolo 5, dello Stato dal quale l'atto o documento proviene; analogo potere compete in ordine all'autenticazione prevista dall'articolo 3.

(2) La domanda di informazioni ed i suoi allegati devono essere redatti nella lingua dell'autorità richiesta o accompagnati da una traduzione in questa lingua. L'autorità richiesta spedisce le informazioni direttamente all'autorità giudiziaria o amministrativa richiedente. Per tali informazioni non saranno dovute tasse o spese.

#### Articolo 5

(1) Ciascuno degli Stati contraenti designerà:

1. le autorità competenti per la legalizzazione interna prevista dall'articolo 2;
2. le autorità competenti a fornire le informazioni previste dall'articolo 4, comma 1°.

(2) Gli Stati contraenti si notificheranno l'un l'altro tali designazioni al momento dello scambio degli strumenti di ratifica, e si comunicheranno le eventuali modifiche.

Artikel 6

(1) Dieser Vertrag berührt nicht die Vorschriften anderer zweiseitiger Übereinkünfte, die für besondere Sachgebiete die Legalisation oder die Beglaubigung von Urkunden regeln.

(2) Es bleiben ferner unberührt die Vorschriften mehrseitiger Übereinkommen, die über diesen Vertrag hinausgehende Erleichterungen bei der Legalisation oder Beglaubigung vorsehen. Im übrigen gehen die Bestimmungen dieses Vertrages den Vorschriften mehrseitiger Übereinkommen vor, es sei denn, daß diese Übereinkommen abweichende Vereinbarungen nicht zulassen.

Artikel 7

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Italienischen Republik innerhalb von drei Monaten nach dem Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt drei Monate nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Jeder Vertragsstaat kann diesen Vertrag jederzeit schriftlich kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach ihrer Notifizierung wirksam.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Rom am 7. Juni 1969 in vier Urschriften, davon je zwei in deutscher und in italienischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:  
Per la Repubblica Federale di Germania:

L a h r  
S a a g e

Für die Italienische Republik:  
Per la Repubblica Italiana:

Adolfo M a r e s c a

Articolo 6

(1) Sono fatte salve le disposizioni di altri accordi bilaterali in ordine alla legalizzazione di atti in materia particolare.

(2) Sono fatte salve altresì le disposizioni degli accordi multilaterali che prevedano facilitazioni maggiori di quelle stabilite dalla presente Convenzione. Negli altri casi le disposizioni della presente Convenzione prevalgono su quelle degli accordi multilaterali, a meno che gli accordi stessi escludano la facoltà di deroga.

Articolo 7

La presente Convenzione si applica anche nel Land di Berlino se il Governo della Repubblica Federale di Germania non avrà fatto al riguardo una comunicazione contraria al Governo della Repubblica Italiana entro tre mesi dalla data dell'entrata in vigore della Convenzione.

Articolo 8

(1) La presente Convenzione sarà sottoposta a ratifica. Lo scambio degli strumenti di ratifica avrà luogo nel più breve tempo possibile a Bonn.

(2) La presente Convenzione entrerà in vigore tre mesi dopo l'avvenuto scambio degli strumenti di ratifica.

(3) Ognuno degli Stati contraenti può in ogni momento denunciare la presente Convenzione mediante notifica scritta all'altro Stato contraente. La denuncia entrerà in vigore sei mesi dopo la notifica.

IN FEDE DI CHE i sottoscritti Plenipotenziari hanno apposto alla presente Convenzione la loro firma ed il sigillo.

FATTO in Roma il 7 giugno 1969 in quattro esemplari, di cui due nella lingua tedesca e due nella lingua italiana, tutti i testi facenti ugualmente fede.